

Gemeinsame Stellungnahme zur Menschenrechtssituation in der Demokratischen Volksrepublik Korea

(Das Folgende ist eine gemeinsame Stellungnahme die von dem Botschafter Christoph Heusgen, dem ständigen Vertreter der ständigen Vertretung Deutschlands bei den Vereinten Nationen im Namen von Belgien, der Dominikanischen Republik, Estland, Frankreich, Deutschland, Japan, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten abgegeben wurde.)

Die ungeheuerliche Menschenrechtssituation in der Demokratischen Volksrepublik Korea (DPRK) ist der internationalen Gemeinschaft gut bekannt und wurde dokumentiert, unter anderem durch Berichte des Büros des Hochkommissaren für Menschenrechte (OHCHR), der Untersuchungskommission für Menschenrechte in DPRK (COI) sowie dem Sonderberichterstatter über die Situation der Menschenrechte in DPRK. Die COI stellte fest, dass die DPRK verbrechen gegen die Menschlichkeit begeht und dass die Schwere, das Ausmaß und die Natur der Verletzungen durch die DPRK einen Staat enthüllen, der keinerlei Parallelen in der gegenwertigen Welt besitzt und das diese Verbrechen gemäß den Politiken begangen werden, die auf der höchsten Ebene des Staates begründet wurden.

Schätzungsweise 100.000 Personen, inklusive Kinder, sind in politischen Gefangenenlagern eingesperrt, wo sie Folter, Zwangsarbeit, Massenexekutionen, Hunger, sexueller und genderbasierter Gewalt und andere Formen unmenschlicher Behandlung ausgesetzt sind. Viele sind in diesen Lagern wegen des DPRK's System der Sippenhaft inhaftiert, das es erlaubt, bis zu drei Generationen von Familienmitgliedern, inklusive Kindern, gemeinsam mit den Beschuldigten einzusperrern. Insbesondere Frauen sind vielfältigen und ernsten Menschenrechtsverletzungen durch die Staatssicherheit und Politik ausgesetzt. Tatsächlich hebt das OHCHR in einem jüngsten Bericht hervor, der im Juli 2020 veröffentlicht wurde, dass viele Frauen, die zur Rückkehr in die DPRK gezwungen wurden, Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt sind, darunter solche die Folter, schlechte Behandlung und sexuellen Missbrauch umfassen.

Die Regierung der DPRK sucht und erreichte auf vielfältige Weise die totale Kontrolle über das Leben der Nordkoreaner. Flüchtlinge berichteten, dass es von jedem im Alter von 12 Jahren und Ältere verlangt wird, öffentliche Hinrichtungen zu besuchen, die dazu dienen, die Bürger an die Konsequenzen von Widerspruch gegenüber der Regierung zu erinnern. Allgemeine Menschenrechte, wie sie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verankert sind, darunter das Recht auf freie Meinungsäußerung, auf friedliche Versammlung, Vereinigung, Bewegung und Religion und Glauben sind so stark eingeschränkt, dass sie in der Praxis nicht mehr existieren. Ausländische Medien sind verboten und das Radio und das Fernsehen besteht aus staatseigenen Kanälen.

Zehntausende Koreaner sind aus dem Land geflohen. Auf ihrem Weg werden die Asylsuchenden oft von Regierungen gefangen und gewaltsam in die Heimat zurückgesendet. Wenn sie unter Gewalt zurückgesendet wurden, sind die angehenden Überläufer Berichten zufolge Folter, sexueller Gewalt, Haftstrafen, Zwangsabtreibungen und in einigen Fällen Exekutionen ausgesetzt.

Die DPRK benutzt die globale Pandemie, um weiter gegen die Menschenrechte seiner eigenen Bürger vorzugehen. Wir sind tief verstört über die Berichte von ansteigenden COVID-19-verbundenen Exekutionen sowie von strikten Bewegungskontrollen in und um die Hauptstadt herum. Die Entscheidung der Regierung, ihr Waffenprogramm gegenüber den Bedürfnissen ihrer Bürger zu priorisieren und ihre Isolierung von der internationalen Gemeinschaft verschlechtert den Einfluss der Pandemie auf die Nordkoreanische Bevölkerung unvermeidlich.

Heute betonten Belgien, die Dominikanische Republik, Estland, Frankreich, Deutschland, Japan, UK und US erneut die Wichtigkeit, dieses Thema im Sicherheitsrat zu diskutieren, da die Menschenrechtsverletzungen der DPRK eine unmittelbare Gefahr für den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit darstellen. Die Regierung der DPRK leitet Ressourcen weg von seinen Bürgern hin zu seinem illegalen ballistischen Raketen- und Atomprogramm. Tatsächlich garantieren die Menschenrechtsverletzungen der DPRK, inklusive Zwangsarbeit, diese Programme. Um den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit sicherzustellen ist es unerlässlich, dass die DPRK ihre Atomwaffen, ihr ballistisches

Raketenprogram und ihre existierenden nuklear und andere Massenvernichtungswaffenprogramme in einer kompletten, überprüfbar und unumkehrbaren Weise in Übereinstimmung mit den relevanten Resolutionen des Sicherheitsrates aufgibt. Das Versagen, Menschenrechte zu respektieren, ist auch ein Teil der feindlichen Politiken der DPRK gegenüber seinen Nachbarn, darunter die Frage von Entführungen von Japanern und anderen Staatsangehörigen. Wir ermahnen die DPRK eindringlich, alle Fragen zu diesen Entführten zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu lösen, insbesondere ihre unmittelbare Freigabe.

Einen Tag nachdem wir den Tag der internationalen Menschenrechte gefeiert haben, drücken wir auch unsere Dankbarkeit für die Arbeit des UN Sonderberichterstatters für die Situation der Menschenrechte in der DPRK und dem Büro des UN Hochkommissars für Menschenrechte und der fortlaufenden Berichterstattung von Nichtregierungsorganisationen aus, um Licht in die böstigen Aktionen der DPRK zu bringen. Um zusammenzufassen, wir drängen die DPRK zur Beendigung ihrer Menschenrechtsverletzungen, sich glaubwürdigen mit der internationalen Gemeinschaft mit seiner Menschenrechtsbilanz zu engagieren und den UN Menschenrechtsmechanismen einen freien und ungehinderten Zugang zum Land zu erlauben.